

Reichswehr

Der Reichswehr erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis: monatlich durch die Post RM. 1.— (ohne Befreiungsbüro) Deutschland monatlich 3 Schilling. Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar. Anzeigenpreis: für die halbdarbene Reklamenseite 15 Reichsmark, die ganze Seite 400 RM.

Graf E. Reventlow

Der Staatspräsident empf. Kuffings, Weber und Zeit. Bekleidungen nehmen alle Postämter. Bekleidungen sowie der Berlin. Fern-Reisebüro G.m.b.H., Berlin SW. 61, Friedrichstr. 13, entgeg. — Anzeigensprecher: Edm. Schönd. Verlags-G. Berlin SW. 14. Unverändert Manuskripten ist Rückporto beizulegen.

Minister Groener an sein Volk

Er empfiehlt sich

Der Reichsminister Groener, zugleich Reichswehrminister und Reichsinnenminister, ist in dieser Eigenschaft der Inhaber einer sehr großen Macht in Deutschland. Er besitzt, wie es scheint, das uneingeschränkte Vertrauen des alten Reichspräsidenten und des jungen Reichskanzlers Dr. Brüning. Er ist offenbar der Ueberzeugung, daß er die Reichswehr nach seinen Wünschen und Zielen als Werkzeug benutzen kann. So ist nicht zu verwundern, daß Herr Groener in diesem Sinne die in seiner Person verkörperte Union des Wehrministeriums und Innenministeriums ein sehr ausgesprochenes Gefühl seiner Machtstellung in

Inhalt

Minister Groener an sein Volk. — Frankreich — Russland — Polen — Rumänien. — Finnischer Vortwurf des Landesverrats gegen Herrn Reichswehr. — Der Alltagsjournalismus. — „Parität“. — Paul de Lagarde. — Streiflichter.

Deutschland und im besonderen natürlich auch im Kabinett selbst geben. Minister Groener gibt seitdem, d. h. seit er die beiden Ministerien innehat, diesem Machtgefühl gerne und nicht selten Ausdruck durch Redereien und Zeitungsartikel an sein Volk, wohl auch im Gedanken über kurz oder lang als Inhaber der vollziehenden Gewalt in Deutschland zu fungieren. Es gibt auch Leute, die meinen, es handle sich für ihn und seine Hinterleute darum, sich in Deutschland als den Mann rechtzeitig bekannt zu machen, der als Reichspräsident dieses Jahr der rechte Mann am rechten Ort sein werde, vielleicht auch als Kanzler eines Reichspräsidenten Brüning. Wenn dem so ist, so kann man sich sicher nicht darüber wundern, daß dieser Doppelreichsminister Wert darauf legt, sich recht fleißig in Erinnerung zu bringen und in goldenen Worten Ansichten und Absichten zu verkünden und die eigene Persönlichkeit möglichst sympathisch hindurchstrahlen zu lassen. Damit folgt er altbewährten Gesetzen der Reklame nach dem biederer Sage: wie kann die Welt wissen, daß du etwas Gutes zu vergeben hast, wenn du es nicht anzeigst?

Die Urlassungen Minister Groeners verfolgen eine bestimmte Linie, die sich etwa folgendermaßen bezeichnen läßt: das System von Weimar mit seinen Vertretern ist nicht allein geächtet, sondern ist auch das einzige, welches Deutschland gebrauchen kann und in dem es zu Gesundheit und Freiheit zu gelangen vermag! Aber nicht allein das, sondern: dieses geltende System, und die Politik, welche die an seiner Spitze stehenden Menschen treiben, sind, nach Herrn Groener, auch das einzig realpolitisch Mögliche und bedeuten eigentlich und einzig nationale Politik, kurz, wie der unergiebige Stresemann so gern sagte: „nationale Realpolitik!“ Wir dürfen hier daran erinnern, daß heute selbst unter früheren begeisterten Jüngern der Stresemannschen Politik und des „Geistes von Locarno“ sich kaum einer findet, der nicht im engeren Kreise zugäbe, daß jene „nationale Realpolitik“ sich in der rauhen Wirklichkeit als internationalistische Illusionspolitik gezeigt hat.

Der nationale Realpolitiker

In einer Neujahrsauslassung nun machte Herr Groener wieder den nationalen Realpolitiker, den seit Weimann-Hollweg immer noch hoch im Preise stehenden Mann der „nünfternen Ueberlegung“: wie die großen Entscheidungen dieses Jahres fallen werden, hänge davon ab, ob das deutsche Volk sich „Illusionen“ hingäbe, oder „den nüchternen

Stinn für das Notwendige und Erreichbare“ behielte. Das ist sehr richtig, und wir fügen hinzu, daß wir dieses goldene Wort nicht nur für das „Volk“ gelten lassen möchten, sondern vielmehr vor allem für diejenigen, welche das deutsche Volk von ihrer durch Loß und Reife und Notverordnungen geschützten Höhe regieren, verführt und erwärmt durch die Strahlen der römischen Sonne.

Uneingeschränkt richtig ist auch die Feststellung Minister Groeners: „wer in den außenpolitischen Fragen Hilfe und Rettung vom Ausland erwarte, die wir uns nicht selbst errungen haben, gibt sich ebenso Illusionen hin, wie der, der glaubt, man könne das deutsche Volk vom Weltgeschehen abschließen.“ Die erste Kategorie, die Internationalisten Deutschlands, ist genügend bekannt. Aber, abgesehen von diesen: Minister Groener will offenbar hier auch seinem verehrten Kanzler einen Stich versetzen, denn dessen chronische „seelische Ueberwindung“ ruft ja in jeder ihrer Versicherungen nach internationaler Erlösung.

Mit der zweiten Kategorie meint der Minister offenbar die Nationalsozialisten und folgt damit den unwahren Ausstellungen des größten Teils der Presse. Wenn Herr Groener auf die Frage antworten müßte: wann die Nationalsozialisten diese kindische Auffassung geändert hätten, so würde er entweder schweigen oder sagen müssen, daß er nie derartiges gelesen und gehört hätte. Und wenn man ihn weiter fragte, wenn er denn hiermit meinte, so würde er seine auf Tatsachen begründete Antwort zu geben instand sein. Wir sind der Ansicht, daß es würdiger wäre, wenn der Reichsminister Groener derart unbegründete Dinge nicht sagte, noch schrieb, um so weniger, als ihm die verlogene Hecherei der Presse gegen den Nationalsozialismus bekannt ist, und man glauben möchte, daß er sich nicht der Annahme aussetzen will, eben dieser Presse gefolgt zu sein.

Wir stehen unsererseits den Ausführungen des Ministers Groener, ebenso wie ihm selbst, sachlich gegenüber. Wir stimmen ihm auch an und für sich vollkommen zu, wenn er von dem unverzichtbaren Recht der Wehrfreiheit Deutschlands spricht, also dieses Recht als ein solches vor der Weltöffentlichkeit hinstellt. Uns scheint freilich realpolitisch die Hauptsache zu sein, daß vor allem Anderen von Deutschland auf allgemeine Abrüstung gedrungen, und daß hinter dieser Forderung das ganze Volk sammelt wird. Ob diese Forderung erreicht wird, ist eine andere Sache, aber Herr Minister Groener müßte eigentlich begreifen, daß, abgesehen von der rein sachlichen Bedeutung, die politische Wichtigkeit dieser Forderung eine ganz außerordentliche ist, und daß, wenn gerade der Herr Reichswehrminister jetzt öffentlich nicht ausdrücklich Abrüstung fordert, sondern nur Rüstungsfreiheit, er dem Ausland, besonders Frankreich und Polen, erwünschten Anlaß zur Wiederholung ihrer alten Lüge gibt: Deutschland wolle nur rüsten, die Abrüstungsforderung meine es nicht ernst. Heute in solchen Tönen Rüstungsfreiheit für Deutschland zu fordern, ist überhaupt unrichtig und bedeutet politisches Dilettanten-tum, militärische Leere Fanfaronade, Populartäuscherei beim Stahlhelm usw.

Gegen das Dritte Reich

Der Minister wendet sich dann gegen die Nationalsozialisten und spricht von „den Wünschen, welche Millionen Deutsche mit dem Begriff des Dritten Reichs verbinden.“ Es ist den Führern dieses Zieles nicht gelungen, dem Traum einer politischen Erneuerung eine greifbare Gestalt zu geben.“ Minister Groener redet weiter von „Hoffnungen und Plänen, die das fogenhafte Ziel umgeben und die

Missionen nähren, daß die Not des deutschen Volkes mit der Erreichung des Dritten Reichs beseitigt würde. Wer gestaltend in die Geschichte des deutschen Volks eingreifen will, darf sich nicht träumen der Romantik hingeben.“

Wir nehmen wieder a priori an, daß der Minister nicht die bewußte Absicht habe, nach Art der seiner politischen Richtung entsprechenden Presse Unwahrheiten zu verbreiten. Es muß aber wiederholt werden: wenn Minister Groener in der Lage wäre, Rede stehen zu müssen, so würde er die Frage nicht beantworten können: wann die NSDAP. je solche Missionen erweckt oder genährt hätte, z. B., daß die deutsche Not mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten beseitigt sein würde. In der Tat ist solches niemals geschehen, und es hat nie eine Partei in Deutschland gegeben, die so nachdrücklich wie stets die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei betont hätte, daß sie keinerlei Versprechungen mache, noch machen könne. Im Gegenteil haben ihre Redner und Schriftsteller immer mit allem Nachdruck gesagt, daß der Karren viel zu tief in den Sumpf hineingefahren worden sei, um mit einem Male geläubert und instand gesetzt auf reinem und festem Boden stehen zu können.

„Bloß eine Idee“

Der Wehr- und Innenminister erzählt der deutschen Öffentlichkeit weiter, daß „allein der Weg, den Verfassung und Gesetz weisen, für den, der gestaltend eingreifen will, die Rechtmäßigkeit seines Handelns begründen könne.“ Ein grundsätzlich anscheinbar und politisch sehr banaler Satz, um so banaler, als die NSDAP., gegen die er sich richten soll, diesen Weg ja geht und, wie jedermann weiß, entschlossen ist, ihn weiterzugehen. Der Minister müßte sich aber klar darüber sein, daß er mit solchen Wendungen in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob die NSDAP. für ihre „Träume der Romantik“ einen anderen Weg als den der Verfassung gehen wolle. Wir können solche Wendungen des Ministers, bei aller Mäßigung im Ausdruck, nur als höchst inkorrekt bezeichnen.

Er spricht von der Notwendigkeit uneingeschränkter Autorität des Staates. Ganz gewiß, der Staat sollte Autorität haben, und wenn er sie im Volke nicht hat, und wenn seine Vertreter seit seinem Bestehen nicht haben verhindern können, daß ein von Jahr zu Jahr wachsender Teil des deutschen Volkes diesem Staat in Fremdheit, mit Abneigung und Haß und noch anderen Empfindungen gegenübersteht, so sollte das doch auch denjenigen Verantwortlichen zu denken geben, die an der Spitze des Staates stehen, und besonders Herrn Minister Groener. Gerade er hat sich sonst doch nicht als sehr empfänglich für Gefühle uneingeschränkter Autorität und für ideale Werte gezeigt. Vielleicht erinnert er sich einmal wieder seiner Rolle in Spa während der Novembertage 1918, als er eine Hinwendung auf die durch den Fahnenraub bedingte Treue der Truppen geringfügig zurückwies: „Fahnenraub, Kriegsherr? Das sind schließlich Worte, — das ist am Ende (!) bloß (!) eine Idee.“ Aus dieser klassischen Bemerkung ergibt sich nun nicht allein, daß dem damaligen General die Bindungskraft des Fahnenraubs so gering zu sein schien, daß sie in Zeiten der Not sich normalerweise zu verflüchtigen habe. Nein, die Wendung: „am Ende bloß eine Idee“ ist hier entscheidend und so unendlich charakteristisch für den Herrn Minister, der jetzt von diesem Staat so spricht, als ob er an sich etwas Absolutes und unmetnbar heiliges sei. Nur eine Idee! Und wie oft mag Herr Dr. Groener, ebenso wie seine politischen Gesinnungsgenossen von der unüberstehblichen Kraft der Ideen in der Weltgeschichte gebrochen haben! Wenn einem die Idee aber nicht mehr paßt, — es war eine tatsächliche Idee, die

den Fahnenraub zugrunde lag, — dann sagt der Bürger General: es ist ja am Ende bloß eine Idee! Es sind schließlich Worte! In den Mülltasten damit!

„Der absolute Begriff des Staats“

Dem Minister sind es „Träume der Romantik“, wenn eine große deutsche Bewegung, nachdem sie auf dem Wege der geltenden Gesetze und Verfassung an die Macht gelangt sein wird, die Verfassung auf der Grundlage der deutschen Idee umgestalten will. Der Minister Groener spricht dazu das unergiebliche Wort: „Es gibt, weit über den Parteiwünschen und Parteizielen stehend, den absoluten Begriff des Staates.“ Ein absoluter Begriff? Was ist das? Begriffe ohne Anschauung sind leer, sagt Kant. Die Anschauung, die dem Staatsbegriff Herrn Groeners zugrunde liegt, ist doch wohl die des Staates von Weimar bzw. dessen Verfasser. Der Begriff dieses Staates kann sich auf wohl nur auf diesen selbst beziehen, und weil sie sich auf ihn beziehen, so kann sie doch mit dem besten Willen nicht absolut sein, sondern nur relativ. Herr Groener hat sich wohl etwas geirrt, und die Begriffe sind ihm ein wenig durcheinander geraten mit seinem „absoluten Begriff des Staates“ und noch mehr, wenn er fortfährt, die Reichswehr, — diese unglückliche Reichswehr! — habe als vornehmste Aufgabe, Symbol dieses „absoluten Begriffes des Staates“ zu sein. Der Minister hätte seinen Neujahrsauslassung vorher doch sorgfältig durchlesen lassen sollen, vielleicht von Prof. Meinert oder Berentin oder vom Preuss. Akademie des „Berliner Tagblattes“. Es hat den Anschein, als ob Herr Groener in seiner Neujahrsauslassung stark von Hegel-Kritikeln der vergangenen Wochen „profitiert“ habe; aber so etwas ist gefährlich, wie exemplum zeigt; mit dem Absoluten ist das nicht so einfach, und ein Minister dürfte nicht auf Begriffen ausrutschen, wie auf einer Bananenschale. Es hat leider den Anschein, als ob ihm in der Zusammenstellung seiner Worte die „Einheit der Apperception“ abhandeln gekommen sei.

Die heutige Verfassung, mit anderen Worten, dieser Staat, der deutsche Republik genannt wird, gilt tatsächlich keiner einzigen politischen Partei als so vollkommen, daß er nicht der Veränderung dringend bedürfte. Im Gegenteil will jede Partei ihn in wesentlichen Punkten abändern. In solchen Wünschen und Versuchen hat bisher grundsätzlich noch keine Regierung Anstoß genommen. Nur, wenn die NSDAP. den gleichen Wunsch äußert, dann ist es im Gedanken Mission und Romantik und in der Absicht, ein Verbreden. Warum? Es wäre Herrn Groeners Pflicht, das einmal ohne Umschweife zu sagen, ohne Umschweife und Oberflächlichkeit den Kernpunkt zu bezeichnen. Darauf hat die Öffentlichkeit einen Anspruch. Man kann sicher sein, daß der Minister Groener diesem Anspruch nicht genügen, sondern nach wie vor mit solchen gewurgenen gelehrten und philosophisch scheinen sollenden echt liberal demokratischen Wendungen sorgfältig vermeiden wird, offen zu sprechen.

Der fromme Minister

Wir würden den Boden der Sachlichkeit und Gerechtigkeit verlassen, ohne Erwähnung des erhebenden Schlusses, den der Minister seiner Kandidatenrede gegeben hat; da heißt es: Wer von der Verantwortung um Deutschlands Zukunft erfüllt sei, wisse, daß die Hauptaufgabe des Staates weniger sei zu werben, als zu erziehen. „Erziehung zur Ehrfurcht vor Gott, zur Achtung vor der selbstlosen Arbeit an der Nation, zum Gehorsam gegenüber Führern und Gesetzen, zur Liebe zum Vaterlande“. — Selbst-

für das deutsche Volk und seine großen Charaktereigenschaften hätte ich starke Sympathien, aber das deutsche Regierungssystem lagte mir in dieser Hinsicht wenig zu. Die Gewalttat gegen Belgien war auch nicht gerade geliebt, nicht günstig für „das große Vaterland“ zu stimmen. Solche Gefühlsregungen mußten aber vor unseren eigenen großen realpolitischen Fragen in den Hintergrund treten. Wenn die Operationen mit der vollständigen Überlegenheit Russlands erdigen, würden die Deutschen ihren Siegeszug gegen Petersburg fortsetzen können, und dann hätte die Stunde für Finnlands Befreiung geschlagen. Um so wichtiger war es für uns, Deutschlands Willen gegen uns zu sondieren.“

Die Sondierung bei Herrn Breitfeld widersprach aufs schärfste dem finnländischen Rastfall auf einen Siegeszug und dürfte auch im Lager der ententefreundlichen Finnländer, da diese selbstverständlich als Realpolitiker alle Beobachtungen sich umgesehen mittelteil, beantragt worden sein und so wohl auch im Lager der Entente festgestellt worden sein, auf welchen Bundesgenossen sie im Rücken der deutschen Heere rechnen konnten. Gumerus schreibt selbst an anderer Stelle von den starken französischen Sympathien seiner Frau. Wer im Verlaufe des Krieges in Stockholm gewesen ist, weiß, daß Frau Gumerus sich ausschließlich in den Kreisen der Entente diplomaten bewegte. Glaubt man, daß ihr Mann ihr den starken Eindruck der Breitfeldschen Erklärungen, den er noch nach 15 Jahren sogar seinem Memoirenwerte einzuverleihen für wert hält, verschwiegen hat, weil er sie als Beweismittel für „die großen Charaktereigenschaften des deutschen Volkes“ ansah? „Sondierungen“ bei der französischen und englischen Sozialdemokratie hätten das genaue Gegenteil ergeben, daß sich nämlich dort die Sozialdemokraten in Sozialpatrioten verwandelt hatten und sich eifriger als jede andere Partei für den Kampf bis zum siegreichen Ende einsetzten. Einem kurze Zeit später an einen bekannten deutschen Sozialdemokraten gerichteten Briefe des sozialdemokratischen Mitgliedes der russischen Reichsduma, Lenin, seien zur Kennzeichnung der Stimmung in Russland nur wenige Stellen entnommen: „Die Stimmung in russischen Parteikreisen und besonders in noch weiteren proletarischen Kreisen ist ganz anders als in Kreisen russischer Emigranten. Sie wissen vielleicht, daß Lenin und Martow schreiben, russische Arbeiter sollen russisches Gebiet nicht verteidigen und als

Antwort auf die Kriegsunternehmung der Regierung den Bürgerkrieg proklamieren. Im Gegenteil, unsere Genossen glauben, daß sie kein Recht haben es jetzt zu machen. Dumengeordnete, welche von der Provinz nach Petersburg kommen, sprechen vor allem davon, daß in jedem Falle dieser Krieg, welcher überall als gezwungener Abwehrkrieg betrachtet ist, nötig ist, gewissermaßen durchzukämpfen und das Vaterland nicht im Stiche zu lassen. Lenin, SD. der russischen Reichsduma.“

Die Stimmung unter den russischen Emigranten, die im vorhergehenden Briefe aus Petersburg als den Ereignissen in der Heimat fremd gekennzeichnet sind, faßt ein Bericht des späteren Chefredakteurs der „Iswesti Nachimow-Stellung“ in folgendem Schlußsatz zusammen: „Besonders starken Ausdruck findet die antipatriotische Stimmung in der Gruppe um Lenin. Diese wünschen direkt eine Niederlage Russlands und wenden sich an die Soldaten mit der Aufforderung, ihr Gewehr gegen den inneren Feind, die herrschenden Klassen und ihre Generale zu wenden. Selbst aber unter den Anhänger dieser Gruppe finden diese Ansichten keinen Anklang. Die russische Sozialdemokratie steht es ein, daß gerade in diesem Moment eine revolutionäre Erhebung unmöglich ist und daß diese auch kaum durch Niederlagen erleichtert werden wird.“

Diese beiden Stimmen russischer Sozialdemokraten, eines Petersburger Dumamitgliedes und eines bolschewistischen Emigranten mögen genügen. Wie schwer die Ueberzeugung war, daß Russland erst einmal siegen müsse und dann vom Kampf gegen Reaktion und für die Demokratie, die beiden von Breitfeld dem finnländischen Diplomaten genannten Scheinbegründungen seiner Haltung, die Rede sein könne, beweist die Kartogipostkarte der Revolutionärregierungen bis zur bolschewistischen Revolution. Es ist auch kein Geheimnis mehr, daß die beiden Bolschewisten mit der Entente Verhandlungen darüber geführt haben, an ihrer Seite den Kampf fortzusetzen. Wo bleibt denn nun die berühmte Internationale, in deren Namen Ausgehungen stelen, die „bedenklich dem Vaterlandsverrat gleich?“ In der Tat: eine höchst würdige Rolle, die Herr Breitfeld in dem angezogenen Buche, durch das sich wie ein roter Faden glühende Vaterlandsliebe für Finnland zieht, spielt. Sie darf der deutschen Öffentlichkeit nicht unbekannt bleiben!

Dr. R. Ulrich.

lungen. Streitfragen über den Glauben zu entscheiden?

Die allgemeinen Kirchenversammlungen haben Streitfragen über den Glauben zu entscheiden auf Grund der Heiligen Schrift, besonders des Neuen Testaments, in welchem die Lehre Christi, wie sie die Apostel vorgetragen haben, im wesentlichen vollständig enthalten ist.

Was haben die allgemeinen Kirchenversammlungen zu tun, wenn die aufgeworfenen Streitfragen sich aus der Heiligen Schrift nicht klar genug entscheiden lassen?

Dann haben die allgemeinen Kirchenversammlungen die Tradition zu Hilfe zu nehmen.

Wie lange konnten allgemeine Konzilien stattfinden?

Sie konnten nur stattfinden, so lange die Kirche noch ungeteilt war.

Ist das vatikanische Konzil vom Jahre 1870 eine allgemeine Kirchenversammlung?

Nein; das vatikanische Konzil ist keine allgemeine Kirchenversammlung, weil auf ihm nur die römisch-katholische Kirche vertreten war.

Welche Entscheidungen dieser Kirchenversammlung widersprechen der alten ungeteilten Kirche?

Die dort veränderten Glaubenssätze: 1. daß Christus der Petrus als Oberhaupt über die ganze Kirche einsetzte, 2. daß dieser Vorrang auf die Bischöfe von Rom (Päpste) als Nachfolger des Petrus überging, 3. daß deshalb die römischen Päpste die oberste und unmittelbare Gewalt über alle Hirten und Gläubigen der ganzen Kirche (Unioiversalpapat) besitzen und 4. daß die römischen Päpste in der Ausübung ihres obersten Lehramtes aus sich heraus und nicht erst infolge der Zustimmung der Kirche unfehlbar sind (Unfehlbarkeit).

Welche Stellen führt die römisch-katholische Kirche zur Stütze dieser neuen Glaubenssätze an?

1. Matth. 16, 18 f.: „Du bist Petrus, und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Unterwelt sollen sie nicht überwinden.“ Die will ich die Schlüssel des Himmelreichs geben. Alles, was du auf Erden binden wirst, soll auch im Himmel gebunden sein, und alles, was du auf Erden lösen wirst, soll auch im Himmel gelöst sein.“

2. Luk. 22, 31 f.: „Simon, Simon, siehe der Satan hat begehrt, auch zu sieben wie Weizen. Ich aber habe für dich gebetet, daß dein Glaube nicht verloren gehe, und wenn du dich bekehrst hast, stärke deine Brüder.“

3. Joh. 21, 15 ff.: „Weide meine Lämmer!... Weide meine Schafe!“

Was bedeutet die erste Stelle: „Du bist Petrus, und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Unterwelt sollen sie nicht überwinden?“

Auf die an alle Jünger gerichtete Frage des Herrn „für wen haltet ihr mich?“ antwortete Petrus zugleich im Namen aller: „Du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes.“ Mit Recht, so will der Herr ihm sagen, trägt du den Namen Petrus, das ist Felsenmann, weil du auf dem Felsenrund des Glaubens an meine Gottheit stehst. Auf diesem Felsenrund des Glaubens an meine Gottheit will ich meine Kirche bauen; denn nur dadurch wird sie so stark sein und bleiben, daß „die Pforten der Unterwelt sie nicht überwinden“, das heißt, daß sie niemals wie alles Irdische dem Untergang verfallt.

Worauf hat also der Heiland seine Kirche aufgebaut?

Der Heiland hat seine Kirche nicht auf die Person des Petrus aufgebaut, sondern auf den Glauben an seine von Petrus bekannte Gottheit.

Warum konnte der Heiland seine Kirche nicht auf die Person des Petrus aufbauen? Weil die Kirche nicht auf einen irdischen und irrenden Menschen aufgebaut werden kann, sondern allein auf Christus selbst durch den festesten Glauben an ihn.

Was bedeuten die Worte: „Du bist der Schlüssel des Himmelreichs, gegeben. Alles, was du auf Erden binden wirst, soll auch im Himmel gebunden sein, und alles, was du auf Erden lösen wirst, soll auch im Himmel gelöst sein?“

Wer auf die Predigt des Evangeliums durch Petrus glaubt und sich taufen läßt, dem schließt er damit das Reich Gottes auf, worin ihm die „Lösung“ von Sünde und das neue Leben der Gnade geschenkt wird, und Gott im Himmel bestätigt es. Wer aber nicht glaubt, dem muß Petrus erklären, daß er sich selbst vom Himmelreich ausschließt und dadurch in Schuld und Sünde auch vor Gott „gebunden“ bleibt.

Warum hat Petrus durch diese Verheißung des Herrn keinen besonderen Vorrang vor den übrigen Aposteln erhalten?

Weil der Heiland ausdrücklich auch allen Aposteln dieselbe Vollmacht zu „binden“ und zu „lösen“ gegeben hat.

Matth. 18, 18: „Wahrlich, ich sage euch, was ihr auf Erden binden werdet, das wird auch im Himmel gebunden sein, und was ihr auf Erden löset, das wird auch im Himmel gelöst sein.“

Was sagt der Herr mit den Worten: „Simon, siehe der Satan hat begehrt, auch zu sieben wie Weizen. Ich aber habe für dich gebetet, daß dein Glaube nicht verloren gehe, und wenn du dich bekehrst hast, stärke deine Brüder?“

Der Heiland sagt damit, er habe für Petrus gebetet, daß er in der Stunde der Verleugung seinen Glauben nicht verliere, und fordert ihn auf, seine gleichfalls jaghaft gewordenen Mitbrüder in ihrem Glauben zu bestärken; denn wer eine solche Gefahr überstanden hat, ist besonders fähig, andere in der gleichen Lage aufzurichten.

Was sagt der Herr mit den Worten: „Weide meine Lämmer!... Weide meine Schafe?“

Nichts anderes, als daß er dem Petrus auf sein dreifaches Bekenntnis, er habe ihn lieb, das durch die dreifache Verleugung verlorne Apostelamt zurückgibt.

Haben die Apostel etwas von einem Vorrang des Petrus gewußt?

Nein; die Apostel haben von einem Vorrang des Petrus nichts gewußt. Paulus stellt sich dem Petrus ausdrücklich als gleichberechtigt zur Seite; indem er sagt, daß ihm das Evangelium unter den Heiden anvertraut worden, wie dem Petrus das unter den Juden (Gal. 2, 7); und er widerspricht dem Petrus ins Angesicht, weil er zu tabeln war und nicht nach der Wahrheit des Evangeliums wandelte (Gal. 2, 11 ff.).

Was folgt daraus, daß Christus den Petrus nicht zum Haupt der ganzen Kirche gemacht hat und auch die übrigen Apostel ihn nicht dafür gehalten haben?

Daraus folgt, daß auch der Bischof von Rom ober der Papst, welcher vorgibt, der Nachfolger des Petrus zu sein, nicht das Haupt der ganzen Kirche ist.

Was widerspricht der Behauptung, daß Petrus der erste Bischof von Rom war und dort längere Zeit wirkte?

Die Heilige Schrift nennt verschiedene Aufenthaltsorte des Petrus, schweigt aber von seinem Aufenthalte in Rom. Zumal der Apostel Paulus erwähnt am Schluß seines Briefes an die Römer, wo er einer großen Anzahl mit Namen genannter Christen Grüsse sendet, den Apostel Petrus mit keinem Wort. Auch die ältesten Kirchenschriftsteller berichten nichts von einem längeren Aufenthalt des Petrus in Rom, geschweige denn von einer Leitung der römischen Kirche durch ihn.

Warum ist gerade der Bischof von Rom späterhin als der erste unter den Bischöfen des Abendlandes angesehen worden?

Weil Rom die Hauptstadt des römischen Weltreiches war und dort die Apostel Petrus und Paulus nach der Ueberlieferung den Märtyrertod erlitten haben.

„Parität“

Der französische Delegierte Professor Riff hat im Sonderauszug der B.Z.Z. die ihm zu hoch erschienenen Ausgaben für das Unterrichtswesen in Deutschland kritisiert. Die „Westfälische Schulzeitung“, Nr. 52, bemerkt dazu in dem Artikel „Zunehmende Kosten für Schulen“: „Hier haben wir erneut den Beweis dafür, daß mit dem jüngst verordneten Schulabbau und dem Eingriff in die Besoldung der Volksschullehrerschaft ganz bestimmt außerpolitische Ziele verfolgt werden sollen. Frankreich fordert Kulturabbau für Deutschland, und Brüning beißt sich, der Forderung nachzukommen.“ Ich glaube, besser konnte die sachliche Arbeit Brünnings nicht gekennzeichnet werden.

Doch es kommt uns im Augenblick nur darauf an, zu zeigen, nach welchem innerpolitischen Maßstab abgebaut wird.

Von den rund 5.500 Volksschulstellen, die eingepart werden sollen, haben 3.700 Schulstellen evangelischen, 1.600 katholischen Charakter. Die dadurch entstandene Beuntstufung maßgebender evangelischer Kreise verurteilte das Ministerium zu verschonen, indem es angab, nach dem Material des Statistischen Landesamtes die Sonderfrequenz der beiden Schularten berechnet zu haben und nach Feststellung besagter Sonderfrequenz paritätisch vorgegangen zu sein. Die „Westfälische Schulzeitung“, Nr. 51, schließt daraus: „Die Sache hat also durchaus ihre Richtigkeit, und wir haben keine Veranlassung, dem Ministerium den Vorwurf der Imparität vorzuzufügen.“ Jedoch gleich darauf fährt sie fort: „Im kleinen, im einzelnen sieht das Bild allerdings ganz anders aus, und hier wird es dem Ministerium schwer fallen, mit seinen Zahlenstückchen (!), auch wenn sie ein durchaus paritätisches Vorgehen zeigen (!), den Nachweis zu erbringen, daß es beim Schulabbau die katholische und evangelische Seite in paritätischer Weise bedacht habe.“ Und der Satz: „So läßt sich also der Abbau nicht durchführen, ohne die einfachsten Gebote einer paritätischen Staatsführung aufs äußerste zu verletzen“, zeigt völlig, wieviel Wert man der obigen Erklärung des Ministeriums zumißt.

Ein anderes. Von den fünfzehn in Preußen

BIOX-ULTRA DIE ZAHNPASTA

ist konzentriert, daher sparsam, nicht so viel, auch nicht so viel, sondern nur so wenig genügt vollkommen zu einer gründlichen Reinigung Ihrer Zähne ● Eine Tube reicht etwa 3 mal solange ● Auch sonst ist die schäumende Sauerstoff-Zahnpasta BIOX-ULTRA nach Hofrat Dr. Zucker vorzuziehen, sie spritzt nicht, macht die Zähne blendend weiß und beseitigt Mundgeruch

LEZT große Tube 1,- RM. Kl. Tube 50 Pf

